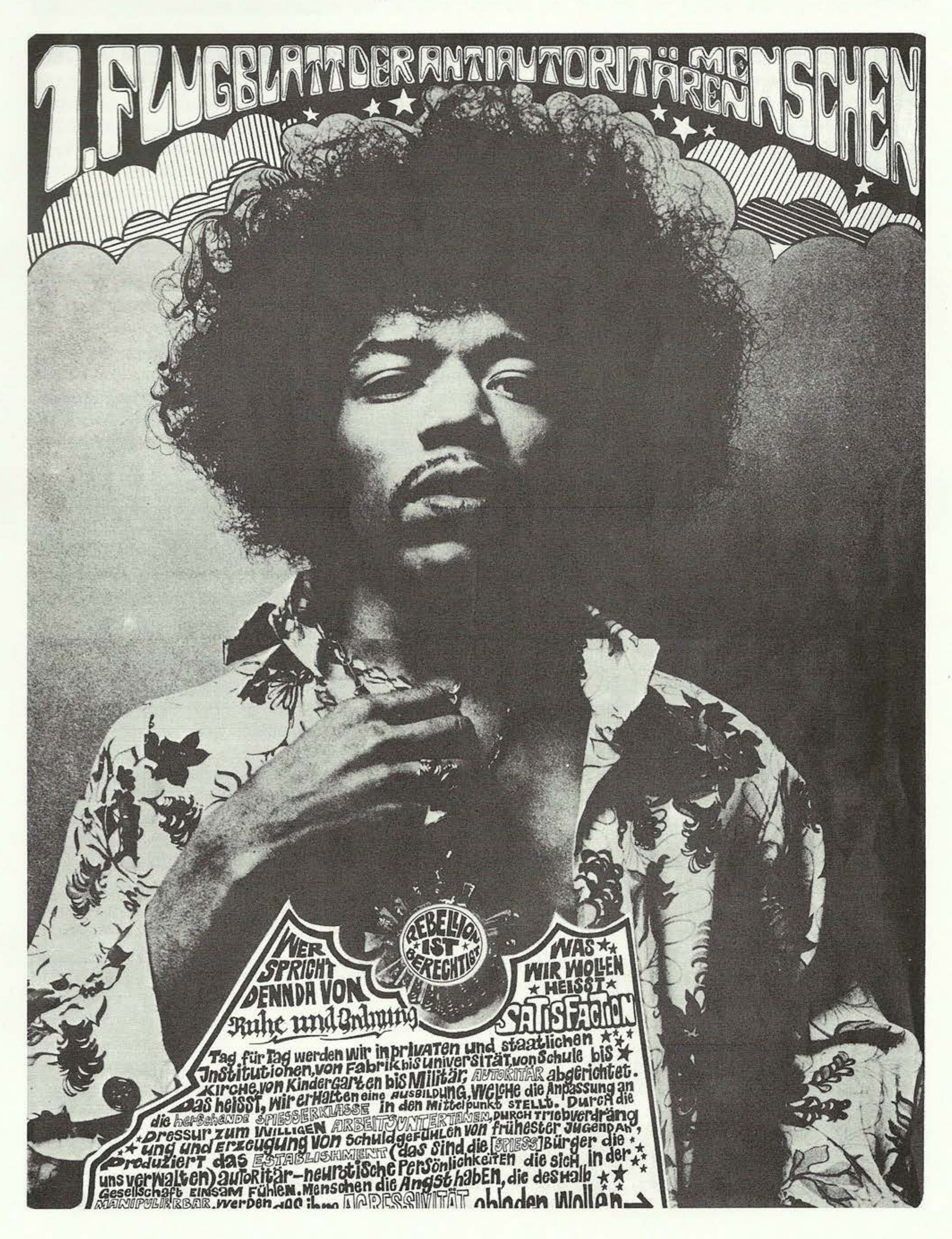
Nr. 32 Dezember 1997

STUDIENBIBLIOTHEK INFO

Bulletin der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung



In eigener Sache

«Und wie der Mensch den Menschen Weg bereitet,
Dem Menschen ist 's der Mensch, der sie bestreitet.»
Goethe, Randbemerkung zu Faust II

Im Oktober hat die Pinkus Genossenschaft auf eigenen Wunsch die Froschaugasse 7 verlassen. Sie hat neue Räume am Zähringerplatz und in der Münstergasse bezogen.

Vierzig Jahre waren die Limmat Buchhandlung und das Antiquariat – zuerst als Pinkus & Co – später als Genossenschaft in diesem Haus beheimatet.

Viele haben nun gefragt, wie es dazu gekommen ist?

Die Stiftung Studienbibliothek, seit 1972 Eigentümerin der Liegenschaft, hatte in den vergangenen 25 Jahren das gesamte Haus an die Genossenschaft vermietet. 1981 wurde auf deren Drängen der Laden zweigeschossig ausgebaut. Dieser Umbau hat die finanziellen Reserven der Stiftung weitgehend aufgebraucht, so dass für weitere notwendige Renovationen und zur Behebung gravierender Mängel in den folgenden Jahren kein Geld mehr da war. Im Herbst 1995 stellte die Baupolizei ein Ultimatum. Eine Renovierung war unumgänglich. Im Einverständnis mit der Genossenschaft beschloss die Stiftung, das Haus sorgfältig um- und die oberen Stockwerke zu Wohnungen auszubauen. Allen Beteiligten war klar, dass wir damit finanziell an unsere Grenzen gehen, und dass die Genossenschaft nach dem Umbau, wie gewünscht, über weniger Raum verfügen würde, dafür aber auch weniger Miete bezahlen müsste. In diesem Punkt kam es nicht zur Einigung. Die Reduzierung des Mietzinses nach der Renovation des Hauses wäre für die Stiftung nicht in dem Umfang möglich gewesen, wie ihn die Genossenschaft forderte. Diese hat deshalb im Frühjahr 96 der Stiftung gekündigt und neue Räume gesucht. In der Broschüre mit dem Titel: «zu neuen horizonten» beschreibt sie ihren Willen für einen Neuanfang.

Uns bleibt festzustellen, dass dieser scheinbar nur äusserliche Vorgang einer räumlichen Trennung eine entscheidende Zäsur bedeutet. Die Idee von Theo und Amalie Pinkus, eine «revolutionäre Infrastruktur» zu schaffen, hat nach 25 Jahren offensichtlich ausgedient. Nicht dass sie ohne Fehler gewesen wäre, das würde niemand zu behaupten wagen, die vielen Konflikte der vergangenen Jahre sprechen Bände und sind hinlänglich bekannt. Aber dass die Idee gescheitert ist, stimmt auch nicht. Sie ist vielleicht nicht mehr zeitgemäss und sie hat – und hier liegt ihre wesentliche Schwäche – die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Will sagen: ohne die Menschen, die ändern und sich verändern. Der Horizont bleibt nie an der selben Stelle. Die Frage ist immer nur: wo stehen wir?

Die Stiftung sucht jetzt neue Mieter für die Froschaugasse. Die hochverschuldete Liegenschaft ist unser einziges Stiftungskapital. Wir müssen das Haus bald, und um die Stiftung zu erhalten, so teuer wie möglich vermieten.

Zu diesem Heft: 1998 jähren sich die 1968er Ereignisse zum 30. Mal. Wir dokumentieren einen Aufbruch, der in dieser Zeit für den Versuch steht, eine andere linke Politik ausser- und innerhalb der etablierten Parteien zu wagen. Die Studienbibliothek ist im Besitz von Archivalien aus den 60er Jahren der «Revolutionären Linken» und wird ab kommenden Jahr das Archiv der PdA Zürich bei sich deponieren.

Wie bereits angekündigt, drukken wir in diesem Info den Bericht von der Gramsci-Tagung im April 1997 in Cagliari.

Leider müssen wir auch in diesem Heft wieder Verstorbenen gedenken. Die Reihen der Schweizer Spanienfreiwilligen lichten sich immer mehr. Umso erfreulicher ist, dass vom 18. bis 20. Dezember 1997 ein internationales Colloquium an der Universität von Lausanne stattfindet mit dem Titel: «Les Brigades internationales. Entre solidarité révolutionnaire et politique du Komintern.» Programme sind in der Studienbibliothek erhältlich.

Brigitte Walz-Richter

Zur Erinnerung

Die Studienbibliothek braucht dringend regelmässige Spenden und Euren jährlichen Fördervereinsbeitrag. Einzahlungen bitte auf unser Postscheckkonto mit dem beigehefteten Einzahlungsschein oder auf das Konto der Stiftung Studienbibliothek bei der Hamburger Sparkasse (BLZ: 20050550), Konto-Nr.: 1481130654.

Schau Dir nur einmal die Frisur von diesem Marx an...

Eine fragmentarische Geschichte der Jungen Sektion der Partei der Arbeit Zürich 1964–1969

Viele Gründungsmitglieder der Jungen Sektion der Partei der Arbeit Zürich (JS) waren vorher in der Freien Jugend (FJ) organisiert, beteiligten sich aktiv an den «Ostermärschen» und am Widerstand gegen die schweizerische Atombewaffnung. Bei ihrer Entstehung verstand sich die JS als kritisch-solidarischer Teil der Gesamtpartei. Im Zuge von 1968 geriet sie immer mehr in Opposition zu ihr (siehe dazu Dokument 1 und 2 im Anhang). Einzelne ihrer Exponenten wurden aus der PdA ausgeschlossen. Die JS hatte sich mittlerweile durch das selbstgewählte Prädikat «Antiautoritär» von dieser emanzipiert und löste sich dann im Oktober 1969 selbst auf (siehe Dokument 3).

Kein Generationenproblem in der sozialistischen Bewegung

Die Geschichte der «Jungen Sekte», wie diese oft spöttisch bezeichnet wurde, begann am 6. August 1964. Damals publizierte die JS eine Gründungserklärung, in der es u.a. hiess: «Wir behaupten, dass das sogenannte Generationenproblem in der sozialistischen Bewegung gar nicht existiert, sondern dass dieses Schlagwort nur zur Tarnung des geistig-ideologischen Dilemmas, in das die Bewegung in den letzten Jahren hineingeraten ist, benutzt wird. (...) Die nächsten weltpolitischen Entscheidungen, die für die Entwicklung des internationalen Sozialismus von Bedeutung sind, werden in den von der Schweiz mitausgebeuteten Entwicklungsländern fallen. (...) Deshalb ist es notwendig, dass unser Denken und unsere Tätigkeit sich auf grössere Zusammenhänge als nur die nationalen oder europäischen ausrichtet.»[1] Dem war am 24. Juni 1964 unter dem Vorsitz von Marco Pinkus eine Versammlung vorausgegangen, an welcher der Wunsch nach Bildung einer eigenen Jugendgruppe innerhalb der Partei der Arbeit Zürich (PdAZ) laut geworden ist. Seitens des Parteivorstandes der PdAZ nahmen Konrad Farner, Jakob Lechleiter und Otto Oeschger an diesem Treffen teil. Schon am 1. Juli desselben Jahres erfolgte die Mitteilung, dass der Parteivorstand in seiner Mehrheit die Gründung einer Jugendgruppe gutgeheissen und beschlossen habe.[2] Zu den Mitgliedern der ersten Stunde gehörten neben Marco Pinkus sein Bruder André, Roland Gretler, Ruedi Enderli, Franz Heiniger, Walter Bretscher, Peter Hürzeler, Jürg Hassler und Franz Rueb. Insgesamt waren ungefähr 25 bis 30 Personen in der Jungen Sektion aktiv. Etwas weniger als ein Jahr nach der Gründung hielt die JS am Vorabend der 1. Maifeier in einer ersten Bilanz und in einem programmatischen Ausblick fest: «Unsere zukünftige Hauptaufgabe: die Isolation und Halbillegalität unserer Partei, hervorgerufen durch übelste Kopfjägerei und Hetzpropaganda der bürgerlichen und auch der sozialdemokratischen Presse, zu überwinden. (...) Wir setzen unsere Kraft für die PdA bei der städtischen, kantonalen und eidgenössischen Arbeit ein, wollen vermehrt am «Vorwärts» mitarbeiten und so durch Taten die Politik der Partei aktiv mitgestalten. (...) Was die Zukunft betrifft, sind wir der Überzeugung, die fortschrittlichen Kreise durch unsere Tätigkeit zu erreichen und in einer allerdings nicht direkt vor unseren Füssen liegenden Zeit gemeinsam die Tore hinter der muffigen, bürgerlichen, keinen grosszügigen Lösungen zugänglichen Schweiz zu schliessen.»[3]

Die Gründung der JS war Antwort auf die starre und unbewegliche gesellschaftliche Realität der Vor-68er-Zeit in der Schweiz und gleichzeitig Aufbruchbewegung aus dem parteipolitischen Ghetto, in welchem sich die PdA spätestens seit den Ereignissen in Ungarn im Jahre 1956 befand. Konrad Farner sprach in diesem Zusammenhang davon, dass man sich als Marxist in der Schweiz in der inneren Emigration befinde.[4] Die JS versuchte durch Diskussionen, Aufklärung und Teilnahme am politischen und kulturellen Leben Kräfte zu sammeln und «positiv eingestellte Jugendliche» zu vereinigen. Sie wandte sich gegen die «geistige Verflachung» und gegen das «modische Umdenken» und wollte stattdessen junge Menschen auf die wesentlichen Probleme hinweisen.[5] Eindeutig in dieser Anfangsphase war die Anlehnung an die PdA, die auch daraus ersichtlich wird, dass die JS einen ständigen Sitz in der zürcherischen Parteileitung hatte.

«Periode unerfreulicher Passivität»

Ein Rundschreiben vom Mai 1967 erwähnte die «lange Periode unerfreulicher Passivität, (...) die nur teilweise durch das Engagement eines Teils unserer Freunde bei verschiedenen Vietnamkundgebungen aufgewogen wurde». Dies habe den Vorstand «nach ernsthafter Diskussion» veranlasst, ein Programm neuer Art zu lancieren. Daneben wurden im erwähnten Mitgliederschreiben Betrachtungen zur Theorie und Praxis bezüglich ihrer gegenseitigen Wechselwirkung angestellt und daraus der Schluss gezogen: «Wir müssen Grundsätzliches neu erarbeiten. (...) Durch

vorurteilslose Diskussion und Kenntnisnahme von Fakten wollen wir uns Wege zu einer zeitgemässen Theorie und Praxis erarbeiten, die der Gründungserklärung der Jungen Sektion effektiven Wert verleihen.»[6] Erstes Thema war Persien, dann folgten Anlässe zum Parteiprogramm der PdA oder zum «roten Mao-Büchlein». Solche Veranstaltungen «neuen Stils», mit offenen Gesprächen, machte die JS weit über das gängige PdA-Milieu attraktiv, wenn auch die Anlässe etwas chaotischer, direkter und respektloser über die Bühne gingen, wie auch der «Vorwärts» bemerkte: «...man darf ruhig (...) von einem beginnenden Durchbruch (...) unserer Partei sprechen, der in diesem Fall durch die Aktivität der Jungen Sektion der Partei der Arbeit möglich wurde. Dass diese jungen Aktivisten nicht gleichzeitig die Erfahrung und Gelassenheit mitbringen (...), ist in diesem Fall zu bedauern; kann aber, wohl gemessen am grundsätzlichen Erfolg, als nicht allzu wesentlich betrachtet werden.»[7]

Diese Themenerweiterung, insbesondere auf Aspekte der sogenannten «Fremdarbeiterproblematik», des Trikonts oder des proletarischen Internationalismus war nicht unumstritten, wie die Bemerkung des Vorstandes der JS im Dezember 1967 vermuten lässt, man würde ihnen immer wieder vorwerfen, kein Interesse für lokalpolitische Ereignisse zu zeigen.[8]

One stone is rolling!

Aber eine andere Zeit kündigte sich an und damit auch das Ende der Passivität. Pop Artists wie Allen Jones, Roy Lichtenstein und Andy Warhol waren im April 1967 in der Galerie Bischofberger in Zürich zu besichtigen, und im gleichen Monat kam es nach einem Konzert der Rolling Stones zu Tumulten. «En Zweier für de Meier!» tönte es im August 1967 durch das Niederdorf. Zuvor hatte der Detektivwachtmeister «Meier 19», der einen Skandal um einen Zahltagsdiebstahl bei der Stadtpolizei öffentlich machte, wegen «Amts-



Gug: Züri Leu, 16.5.1969

geheimnisverletzung» seine Stelle verloren.[9] «Die Initianten der Demonstration gegen die Leitung der Zürcher Stadtpolizei stellen mit Befriedigung fest, dass ihre Aktion in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Sympathie gestossen ist. Diese zeigte sich (...) sowohl bei den zufällig anwesenden Passanten, als auch bei der Mehrheit der Automobilisten, die sich der Demonstration durch ein Hupkonzert anschlossen; sowie in den Geldspenden (deren vollen Betrag wir an Detektiv-Wachtmeister K. Meier weiterleiten). Sogar viele der betroffenen Tramkondukteure erklärten sich mit uns solidarisch, einige sogar durch Teilnahme am Sitzstreik.»[10] Vorkommnisse, die die Boulevardzeitung «Blick» mit den prophetischen Lettern kommentierte: «Zürcher Jugend probte den Aufstand».

Satisfaction

Happenings auf der Allmend Brunau, Love and Peace und eines EVP-Volksvertreters bemerkenswerte Stimme: «...geht es ganz offensichtlich nicht um echte sachliche Anliegen, sondern um Plausch, um völlige Ungebundenheit, eben um "autonomes Leben", wie das so schön im Fremdwort heisst, um das Ausleben aller Triebe und letztlich leider um den Kampf gegen unsere freiheitliche, staatliche Ordnung.»[11] Und ein Flugblatt mit der Aufforderung: «Gammler & Tramper & Künstler & Anarchisten & Füdlibürger & ... ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH», bestätigten diese besorgten Parlamentarierworte. Vietnamdemonstrationen, die Berliner Polit-Rockband «Ton-Steine-Scherben» im Volkshaus, Teach-ins an Mittelschulen: Der Staatsschutz hatte zu tun und eine Studentenkundgebung liess den «Tages Anzeiger» am 29. April 1968 besorgt fragen: «Erreicht die 'Kulturrevolution' jetzt auch Zürich?».

Rebellion ist berechtigt

Im Anschluss an ein Popkonzert von Jimi Hendrix kam es am 31. Mai 1968 zu einem grossen Polizeieinsatz mit Übergriffen gegen Jugendliche. Ein Bericht der Stadtpolizei zu diesen Ereignissen kam zum Schluss, dass «links und extrem links gerichtete Kreise unter Missbrauch von Jugendlichen den Anlass des grossen Aufmarsches zum Konzert für ihre Zwecke dazu benutzten, durch Aufforderung und Aufreizung gegen die Autorität einen Krawall auszulösen, mit dem Ziel, die Polizei als Repräsentantin der Staatsautorität zu diskriminieren». Als Beweis dieser Aussage erwähnte der Untersuchungsbericht, dass vor dem Hallenstadion Flugblätter der Jungen Sektion der PdA mit dem Titel «1. Flugblatt der antiautoritären Menschen» verteilt worden seien, welche auf der Frontseite das Porträt des Beathelden des Abends, Jimi Hendrix zeigen, der an der Halskette den Protestknopf mit der Aufschrift trage: «Rebellion ist berechtigt».[12]

Von Drahtziehern und Aktionsgemeinschaften

Am 29. Juni 1968 kam es zur sogenannten «Globusdemonstration»: Während drei Stunden lieferten sich Jugendliche und Polizisten zwischen Hauptbahnhof und Central Strassenkämpfe. Die «Neue Zürcher Zeitung» fand «die Austauschbarkeit der Motive, deren sich die Provokateure in Zürich» bedienten, bemerkenswert. Zuerst sei es um Vietnam und die Stadtpolizei gegangen, später um die Reform der Hochschule und nun sei die Reihe an einem autonomen Jugendhaus. Auch die «Drahtzieher» wurden geortet: «Es handelt sich vor allem um Mitglieder der Jungen Sektion der PdA und der Fortschrittlichen Studentenschaft

Zürich, die seit mindestens einem Jahr bei allen Strassendemonstrationen eine enge Aktionsgemeinschaft bilden.»[13] Man stempelte Franz Rueb, Mitglied der JS und Kantonsrat der PdA, neben Thomas Held zum «Hauptdrahtzieher» des «heissen Sommers 1968». In der Parlamentsdebatte zu den Unruhen führte Rueb aus: «Es geht in Wahrheit um folgendes: Das Rechtsbürgertum witterte Morgenluft zur Zerschlagung der Linken, zur Isolierung der rebellierenden Jugend von den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften.»[14]

antiautoritäre Junge Sektion der PdA
TEACH-IN
ZU DEN EREIGNISSEN IN LUZERN
Samstag 18. 1. 1969
17.00h Börsensaal, Bleicherweg
organisiert vom
ZÜRCHER MANIFEST

Die Ereignisse um das Globusprovisorium und die Solidarisierung der JS mit der Bewegung für ein Autonomes Jugendzentrum verschärften die Widerstände innerhalb der traditionellen PdA gegenüber der Parteijugend.

Die Junge Sektion im Widerspruch zur PdA

Weltweite Jugend- und Studentenproteste. Im Focus: Berkeley, Paris, Rom oder Berlin, wo ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg erschoss oder ein Attentäter Rudi Dutschke niederstreckte. Dann: Die Liquidierung des «Prager Frühlings» im August 1968 mit dem Einmarsch und der Besetzung der CSSR durch die Warschauer Pakttruppen. Diese Jahre führten zu einer allgemeinen Radikalisierung der politischen Positionen. Auch die JS wurde davon ergriffen, was zwangsläufig zu einem Konfliktpotential im Verhältnis zur Mutterpartei führte. Die «alte» PdA tat sich schwer, wie z.B. auch die KPF in Frankreich, mit den neuen Ausdrucksformen und Inhalten des Protestes. Forderungen nach Antiautoritarismus und Rätedemokratie, sexueller Befreiung und Frauenbefreiung verunsicherten, neue Worte wie Teach-in oder Sit-in befremdeten. Nicht nur, weil es fremdsprachige Begriffe waren, sondern weil die gewohnte Versammlungsordnung plötzlich nicht mehr galt, von der «neumodischen» Kleiderordnung, den «haarigen» Angelegenheiten und der «grässlichen» Musik ganz abgesehen.

Spektakulär und im Sinne der politischen Sozialisation prägend waren die praktischen Erfahrungen der JS im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg oder für ein Autonomes Jugendzentrum und die hierbei geführte Auseinandersetzungen mit der repressiven Staatsmacht. Ein wichtiger Teil der Entfremdung zwischen JS und PdA ist aber auch in der theoretischen Diskussion zu suchen. Schon in dem bereits erwähnten Gründungsdokument der JS hiess es: «Nur der grösste Eifer in der Erforschung der geschichtlichen Wahrheit kann mithelfen, die Bewegung aus der heutigen Stagnation herauszuführen. (...) Nur wenn wir unabhängig diese historische Wahrheit zur Maxime unserer Arbeit erheben, setzen wir uns in die Lage, unsere konkrete Aufgabe zur Erreichung des Fernzieles des Marxismus bewältigen zu können.»[15] Die JS führte deshalb Schulungskurse und Diskussionsveranstaltungen durch. Im Winter 1964/65 organisierte sie beispielsweise einen von Konrad Farner konzipierten, öffentlichen Bildungskurs zur «Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe», an dem pro Abend durchschnittlich 70 Personen teilnahmen.[16] Der abschliessende Diskussionsabend mit verschiedenen Vertretern der zürcherischen Linken fiel ins Wasser, da die SP eine Teilnahme ablehnte, was zur kecken Bemerkung führte: «Die Junge Sektion der Partei der Arbeit bedauert diesen Entschluss und verzichtet vorläufig auf die Durchführung einer entsprechenden Diskussion, bis die Sozialdemokratische Partei ihre Schwäche

Verzeichnis der Diskussions-Dokumente «DD», 1966-1969

Nr. 1	Havemann, Christentum und Marxismus heute K. Farner, Bemerkung zum Buch von Sartre (Marxismus und Existenzialismus)
Nr. 2	Arbeiterpriester schreiben an das Konzil
Nr. 3	Peter Weiss, Notwendige Entscheidung
Nr. 4	Klaus Fuchs, Moderne Physik und marxistische Philosophie
Nr. 5	Wer soll das bezahlen? Bemerkungen zur Steuerpolitik
Nr. 6	Konrad Farner, Notizen zum Thema «Gefährdeter Sozialismus»
Nr. 7	Fidel Castro, Rede vor den Vereinten Nationen
Nr. 8	Leroi Jones, Was bedeutet Gewaltlosigkeit?
Nr. 9	I. Ziferstein, Die psychologische Gewöhnung an den Krieg
Nr. 10	Fritz Teufel, Auseinandersetzung mit den Berliner Autoritäten
Nr. 11/12	Katsuichi Honda, Vietnam – ein Schrei aus den Dörfern
Nr. 13	Dokumente der Jungen Sektion – Parteitag der PdAS
Nr. 14	Leo Kofler, Die Entfremdung des Arbeiters

überwunden hat.»[17] Daneben veranstaltete die JS ein Seminar über «Marxismus und Existentialismus» und Abende zu Hanns Eisler, Bertolt Brecht, Helene Weigel oder François Villon. Im Juni 1965 spielten und kommentierten Theo Pinkus und Franz Rueb an einer Veranstaltung ihre privaten Tonbänder mit Liedern des in der Schweiz bis dahin unbekannten Wolf Biermann, der zu diesem Zeitpunkt in der DDR schon heftig umstritten war. Das Einladungsflugblatt bezeichnete Biermann als einen genialen jungen Lyriker, Sänger, Bänkelsänger und Schriftsteller.[18] Theo Pinkus erinnerte sich an jene Abende: «Grossen Eindruck machten die Biermann-Veranstaltungen – es gab ja noch keine Platte von ihm. (...) Ich konnte einige Tonbänder vorspielen, die ich bei meinen Besuchen in der DDR aufgenommen hatte.»[19] Dieser Anlass konnte als Sympathieveranstaltung zugunsten des in der DDR in Ungnade gefallenen Künstlers gesehen werden, und so war es nicht überraschend, dass die PdA keine Freude daran hatte.

Die theoretische Debatte wurde seitens der JS vor allem mit den regelmässig herausgegebenen «Diskussions-Dokumenten» (DD) geführt, die seit 1966 erschienen sind (siehe Kasten) und die uns einen guten Überblick über den Diskussionsprozess innerhalb der JS vermitteln.

Es waren vor allem drei Themenbereiche, die den zunehmenden Konflikt und Entfremdungsprozess zwischen JS und PdA förderten:

1. Fragen der Parteistruktur: Zentralismus und innerparteiliche Demokratie.
2. Einschätzung der realsozialistischen Länder im revolutionären Weltprozess.
3. Parlamentarismus und Ausserparlamentarische Opposition.

Der Konflikt spitzt sich zu

1968 kam es zu einer Kontroverse zwischen «Vorwärts»-Redaktor Franz Rueb und dem Parteileitungsmitglied Jean Vincent. Die «Voix Ouvrière», das welsche PdA-Organ, publizierte am 10. Mai einen Leitartikel Ruebs, der ein Tag zuvor unter dem Titel «Der neue 1. Mai» im «Vorwärts» erschienen war. Die Redaktion entschuldigte sich vier Tage später mit einer fettgedruckten Meldung auf der ersten Seite für die Publikation des Textes. Sie warf Rueb «Maoismus» sowie ultra-linke Tendenzen vor und bezichtigte ihn der Abweichung vom Parteiprogramm. Am 18. Mai goss Vincent zusätzlich Öl ins Feuer, indem er die «Marcuse-Theorien» Ruebs scharf kritisierte. Diese Kontroverse führte zu zahlreichen Protestbriefen. Die PdA-Sektion Lausanne-Ost distanzierte sich gar von diesen Methoden mit dem Hinweis, diese würden an eine längst totgeglaubte Epoche erinnern.[20]

Die grundlegenden Konflikte blieben aber bestehen und verschärften sich im Verlaufe des Jahres 1968. Kritische Aussagen etwa zur sowjetischen Politik gegenüber dem Schahregime in Persien und die Zusammenarbeit mit anderen neuen linken politischen Kräften ausserhalb der Partei, insbesondere mit den Fortschrittlichen Studenten, irritierte und erboste das PdA-Establishement. An der PdA-1. Mai-Feier 1968 im Volkshaus hielt Marco Pinkus eine Rede, die ihm einen Parteiverweis einbrachte, da seine Bemerkungen nicht zur Feier passten, nicht für die Öffentlichkeit geeignet seien und höchstens parteiintern am Platze gewesen wären.

Entscheidend für den Bruch war aber auch die Haltung der JS nach der Besetzung der CSSR durch die Truppen des Warschauer Paktes, wo der Gegensatz zwischen Parteileitung und JS am deutlichsten zum Ausdruck kam. Schliesslich brachen die Konflikte im Vorfeld und während des 9. Parteitages der PdAS im November 1968 voll aus. Ein Bericht des «Tages Anzeigers» verdeutlichte die gehässige Stimmung: «Ein junger Mann verteilt Diskussionsdokumente. Plötzlich erscheint ein Nationalrat und versucht ihm die noch nicht verteilten Broschüren zu entreissen. Es entsteht ein kurzes Handgemenge und ein Wortwechsel. Der Nationalrat: Das Verteilen solcher Dokumente sei ohne Erlaubnis des Präsidiums nicht gestattet!»[21]

Bei der Aufnahme der JS in ihre Partei sah die durch Überalterung bedrohte PdA aus Eigeninteresse grosszügig darüber hinweg, dass eine solche Spezialsektion eigentlich statutenwidrig war, weil die Satzungen nur ortsgebundene Sektionen zuliessen. Vier Jahre später formierte sich die parteiinterne Gegnerschaft um den zürcherischen Ex-Stadtrat Edgar Woog und PdA-Nationalrat Jean Vincent zum Kampf gegen die aufmüpfige und mittlerweile ungeliebte Parteijugend. Ausgangspunkt hierzu war ein Parteitagsantrag der PdA Basel-Stadt, der verlangte, die Statuten seien so zu erweitern, dass künftig auch Basisorganisationen Mitglieder der Partei werden könnten. Dieses Begehren zielte auf die nachträgliche statuarische Legalisierung der JS. Woog nutzte diese Forderung zu einer Generalabrechnung mit der Politik der JS und beantragte deren Auflösung. Das brachte einen Vertreter der JS zur Bemerkung, dass es bei der Frage der JS nicht um statuarische, sondern um politische Probleme gehe, da die politische Linie der JS der Parteiführung nicht mehr genehm sei. Danach ging der Redner der JS zu einer Kritik an der Politik der Partei über: «Die Massen haben das Interesse an den bürgerlichen Akklamationsparlamenten verloren (...) und die Partei setzt alles daran, als machtlose Minderheit in den Ratssälen Scheingefechte mitzuboxen, statt (...) direkt in die Massen zu gehen um dort durch Agitation und Aufklärung revolutionäres Bewusstsein zu schaffen. (...) Dieser Aufgabe (...) muss alles andere

untergeordnet sein. (...) Weiter müssen wir aufhören, reformistische Forderungen zu erheben.»[22] Am Parteitag kam kein Beschluss zustande: Die Gruppe um Vincent und Woog verlor im Verlaufe der Auseinandersetzung an Boden und liess es daher nicht zu einer Abstimmung kommen. Stattdessen beschlossen die 133 Delegierten und 40 ZK-Mitglieder, das Problem auf den nächsten Parteitag zu verschieben. Die statuarische Abservierung der JS war vorerst gescheitert.

Ausschlüsse und Austritte

Die Konflikte liessen sich aber nicht bis zum nächsten Parteitag verschieben. Es brodelte an allen Ecken und Enden: Die PdA des Kantons Tessin beispielsweise schloss Ende 1968 Bruno Strozzi aus ihren Reihen aus, weil sie dessen PdA-Mitgliedschaft als unvereinbar mit seiner Teilnahme am «Movimento Giovanile Progressista» (MGP) hielt. Die JS kritisierte diesen Entscheid und solidarisierte sich mit der MGP. Die Unterstützung galt nicht ausschliesslich dem Genossen Strozzi, sondern einer neuen Bewegung links von der PdA insgesamt. In der Erklärung der JS hiess es weiter: «Der Konflikt (...) ist nur ein weiterer Aspekt jener Auseinandersetzung, die in den Diskussionen des 9. Parteitages breiten Raum eingenommen hat und sich dort als Konflikt mit der Jungen Sektion Zürich konkretisierte.» Sie appellierte an alle Tessiner PdA-Mitglieder, ihr Verhältnis zur MGP erneut zu diskutieren und mahnten diese, den Kontakt zur revolutionären Jugend nicht kurzsichtig abzubrechen.[23]

1969 war das Jahr des endgültigen Bruchs. Vorerst verlangte eine Petition zuhanden des Zentralkomitees der PdA die sofortige Einberufung eines Parteitages noch vor Ablauf des Jahres. Die auf nationaler Ebene aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten liessen sich weder durch kantonale Beschlüsse noch durch Disziplinarmassnahmen beilegen, stand in der Begründung.[24]

Im Oktober 1969 organisierte die Antiautoritäre Junge Sektion zusammen mit der «Tendance de gauche» in Zürich eine Konferenz. Dem war der Parteiausschluss von Franz Rueb vorausgegangen. Das Zürcher Treffen sollte der Klärung politischer Positionen dienen und die Perspektiven abstecken, in denen sich der Prozess um die Bildung einer neuen revolutionären Organisation der Schweiz abspielen könnte. Diese Konferenz war darüber hinaus als öffentliche Plattform zum kollektiven Austritt der «linksoppositionellen» Kräfte innerhalb der PdAS gedacht.[25] In einem Grundsatzpapier, das zum kollektiven Parteiaustritt unter dem Titel «Kritik an der Partei der Arbeit» erschien, zogen Mitglieder der JS Bilanz über die vergangenen fünf Jahre. Die Verfasser halten ihren damaligen Beitritt zur PdA für richtig, die Auseinandersetzungen zwischen der neuen und traditionellen Linken sei für sie eine historisch notwendige Erfahrung gewesen, dank der ihnen viele Probleme klarer geworden seien. Die JS habe sich dabei weiterentwickelt, aber die Stagnation der PdA sei kein vorübergehendes Schwächesymptom, sondern ein tödlicher Stillstand. Es sei sinnlos geworden, die Partei als Ganzes zu verändern. Zum einen, weil sie ihre historische Chance zur Umwandlung verpasst habe und zum anderen, weil sich «inzwischen vitalere Alternativen sozialistischer Politik abzuzeichnen beginnen». Zum Abschluss hiess es: «Wenn wir heute aus der PdA austreten, so nur deshalb, weil der Aufbau einer marxistisch-leninistischen Organisation, die diesen Namen verdient, heute objektiv möglich geworden ist.»[26]

In einer Sprechblase eines in Pop-Art-Stil gestalteten Flugblattes der JS zu den eidgenössischen Wahlen von 1967 stand: «Ich wähle PdA, da soll's noch ganz Hippie Leute darunter geben! Ja schau Dir nur einmal die Frisur von diesem Marx an!»[27] Solche Art Politdarstellung war für viele innerhalb der PdA, die über eine andere politische Sozialisation verfügten, schockierend. Unversöhnliche Lebenswelten und unterschiedliche Lebenserfahrungen prallten zusammen. Am Schluss behielten beide ihren Marx: Die einen dort, wo sie ihn schon immer hatten, die anderen dort, wo sie ihn neu hinstellen wollten. Ein Geschichtskapitel der Neuen Linken in der Schweiz war mit der Auflösung der Jungen Sektion der PdA Zürich zu Ende gegangen. Und: Nicht nur die jugendlichen Rebellen waren ob der bürokratisch erstarrten Struktur der Parteiorganisation enttäuscht. Mit dem Austritt von Konrad Farner verlor die PdA ihren führenden intellektuellen Kopf. Neue Gruppen, wie die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), der Partito Socialista Autonomo (PSA) oder die Revolutionäre Marxistische Liga (RML), schrieben neben vielen anderen Zusammenschlüssen an der Geschichte des politischen Aufbruchs nach 1968 weiter.

Die Studienbibliothek – wie das Schweiz. Sozialarchiv übrigens auch –, verfügt über zahlreiche Originaldokumente zur Geschichte der Neuen Linken in der Schweiz. Diese Materialien bedürfen noch der ausführlichen historischen Sichtung und politischen Bewertung. Eine Gesamtgeschichte der 68er-Bewegung in unserem Land ist immer noch ausstehend, wenn auch Publikationen zu Einzelaspekten erschienen sind.[28]

Peter Brunner

Anmerkungen:

1 Gründungserklärung der JS, 6. August 1964
2 Vorstand der PdAZ an Marco Pinkus, 1.7.1964
3 Junge Sektion?; in: Vorwärts, Nr. 17, 29.4.1965
4 PdA im offenen Gespräch: die Möglichkeit des Andersdenkenden; in: Vorwärts, Nr. 8, 24.2.1966
5 Junge Sektion?; in: Vorwärts, Nr. 17, 29.4.1965
6 Rundschreiben JS, Mai 1967
7 PdA im offenen Gespräch; in: Vorwärts, Nr. 8, 24.2.1966
8 Rundschreiben JS, 17.12.1967
9 Siehe dazu das lesenswerte Buch «Meier 19» von Paul Bösch, erschienen 1997 im Limmat Verl. Zürich
10 Pressemitteilung. Hrsg.: Fortschrittliche Arbeiter und Studenten/Zürcher für Polizeisäuberung. [August 1967]
11 Hans Oester (EVP), in der Gemeinderatsdebatte vom 11.12. 1968, zitiert in: Zeitdienst, Nr. 50, 1968
12 Hallenstadion-Krawall aus der Sicht der Polizei; in: Tages Anzeiger, 27.11.1968
13 Die Ausschreitung jugendlicher Demonstranten in Zürich; in: NZZ, 1.7.1968
14 Ruhe, Ordnung und Sicherheit; in: Vorwärts, 12.9.1968
15 Gründungserklärung JS, 6. Aug. 1964
16 Einladung zu einem öffentlichen Bildungskurs, Winter 1964/65
17 Rundschreiben JS: Hat die SP Angst vor uns? Juni 1965
18 JS: Einladung Wolf Biermann-Abend, 23.6.1965
19 Rudolf M. Lüscher u. Werner Schweizer: Amalie u. Theo Pinkus-De Sassi: Leben im Widerspruch. 2., erg. Aufl. Zürich 1994. S. 353.
20 Antiautoritäre Junge Sektion der PdA: Informationen Nr. 3, 27.7. 1968
21 Die jungen Rebellen der Zürcher PdA; in: Tages Anzeiger, 18.11. 1968
22 9. Parteitag der PdAS, Nov. 1968: Diskussionsvotum eines Delegierten der JS Zürich zum Traktandum «die politische Lage und die Aufgaben der Partei»
23 Rundschreiben JS, 9.12.1968
24 Petition zuhanden des ZK der PdA [Undatiert, 1969]
25 Weshalb ein Kongress der revolutionären Sozialisten der Schweiz? [Sept. 1969]
26 JS: Kritik an der Partei / hrsg. Antiautoritäre JS der PdA [Undatiert, ca. Sept. 1969]
27 «Das alte sagt: So wie ich bin, bin ich seit je. Das neue sagt: Bist du nicht gut, dann geh». Wahlflugblatt der JS zu den Nationalratswahlen 1967
28 Eine allgemeine kurze Übersicht liefert das Buch «Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfe der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart» (Zürich 1975). Zu nennen wäre auch die 1996 unter dem Titel «Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution» erschienene Publikation von Dominique Wisler oder die 1987 publizierte Untersuchung «Dissidents du quotidien. La scéne alternative genévoise 1968-1987» von Dominique Gros.
Dann: «Jugendradikalisierung und Neue Linke in der Schweiz» von Hans Boller (Zürich 1976) und «Suisse en mouvement – Schweiz in Bewegung. Bilder aus Volksbewegungen 1970-1980» von Armand Deriaz u.a. (Zürich 1981). Der Interview-Band «Les temps des ruptures. Ils voulaient changer le monde», herausgegeben von Pierre Bavand und Jean Marc Béguin (Yens; Morges 1992). Eine weitere Arbeit ist das Werk «Zwüschehalt. 13 Erfahrungsberichte aus der Schweizer Neuen Linken» (Zürich 1979). Zu den «Globus-Ereignissen»: «Dokumentation I. Berichte und Aussagen von Augenzeugen über die Ausschreitungen vom 29./30. Juni 1968 in Zürich». Hrsg. von der Dokumentationsstelle der Arbeitsgemeinschaft «Zürcher Manifest» (Zürich 1968) und «Aufruhr und Landfriedensbruch im schweizerischen Strafrecht, eine Analyse der Literatur und Rechtssprechung zu den Massendelikten unter besonderer Berücksichtigung der Urteile zum Zürcher Globuskrawall» von Katharina Bühler (Zürich 1976). Die Veröffentlichung «Der Bunker von Zürich. Jugend zwischen Rückzug und Revolte. Ein Modellfall» (Olten 1972), herausgegeben von Hans-Peter Müller und Gerold Lotmar, untersucht die Vorgänge um das Autonome Jugendzentrum. Weitere Beiträge zum Thema von: Alfred A. Häsler, Willi Wottreg, Hans Chresta, Jean Villain, Sambal Oelek, Peter Gilg.

Dokument 1

Erklärung der «Jungen Sektion der Partei der Arbeit» zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei, Ende August 1968

Die Sowjetunion, welche die revolutionäre Erhebung der französischen Studenten und Arbeiter im Mai dieses Jahres desavouiert hat, die zulässt, dass ein sozialistisches Land durch amerikanische Bomben dem Erdboden gleichgemacht wird, die in Afrika politischen Einfluss gewinnen will, indem sie zusammen mit den englischen Imperialisten die Waffen für einen Völkermord liefert, die zusammen mit den USA-Imperialisten die Waffen für einen zukünftigen Völkermord nach Persien liefert, die zusammen mit den USA-Imperialisten reaktionären Diktaturen in Lateinamerika Kredite gewährt, die die kommunistischen Parteien in Lateinamerika dazu anhält, die revolutionären Guerillas zu verraten, die als eines der ersten Länder das faschistische Regime der Generale in Griechenland anerkannt hat, diese Sowjetunion ist nun unter den lächerlichsten Vorwänden in die Sozialistische Tschechoslowakische Volksrepublik eingefallen, um dort die vielversprechende Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus zu ersticken. Sie hat damit genau das getan, was sich die Reaktionäre der ganzen Welt gewünscht haben, sie hat damit der internationalen Arbeiterbewegung einen schweren

Schlag versetzt. Selbst wenn es zutreffen sollte, dass im Zuge der Demokratisierung der tschechoslowakischen Gesellschaft revisionistische oder antisozialistische Tendenzen zu Worte kamen, bleibt der militärische Eingriff der fünf Warschauerpakt-Staaten ein Verbrechen.

Diese Sowjetunion, deren autoritär-bürokratische Innenpolitik und deren revisionistische Aussenpolitik von Peinlichkeiten und Akten des Verrates an der internationalen Arbeiterbewegung gezeichnet ist, ist heute – kein Marxist kann es leugnen – keine revolutionäre Macht mehr, sondern eine Grossmacht, die ihre nationalistischen Staatsinteressen permanent über die Verpflichtung des proletarischen Internationalismus stellt.

Jede revolutionäre Bewegung, die für eine bessere sozialistische und demokratische Zukunft kämpft, hat heute nicht nur mit den USA, sondern auch mit der UdSSR als Gegner zu rechnen, denn jede Hoffnung der Menschen auf wahrhaft sozialistische Zustände gefährdet nicht nur das System des imperialistischen Kapitalismus, sondern auch die unterdrückerische, geistlose und unmarxistische Herrschaft der sowjetischen Bürokraten und Technokraten, bei denen auch nicht mehr die geringste Spur vom Geiste Lenins vorhanden ist. Hier in Zürich schrieb Lenin in seinem Artikel über die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Völker: «Nie kann ein Volk das andere unterdrückt frei sein».

Sowohl die Regierung der USA wie auch die derzeitige Regierung der UdSSR wollen nichts anderes als die Aufrechterhaltung des Status Quo in einer Welt, die voller Unterdrückung und Ausbeutung ist und in der sie anderen Ländern ihren politischen Willen aufzwingen können. Um in aller Ruhe ihre technokratischen Ziele verwirklichen zu können, hat die Sowjetunion die Revolution des Proletariats abgeschrieben, beschränkt sie ihre internationalistischen Pflichten zumeist auf pseudorevolutionäre Phrasendrescherei. Diese erbärmliche Haltung auf Kosten aller übrigen Völker kann nicht mehr länger mit dem Schlagwort «Friedliche Koexistenz» verschleiert werden. Friedliche Koexistenz, die sich als Verrat an der revolutionären Bewegung äussert, ist nichts anderes als Partnerschaft mit dem Imperialismus.

Der Kampf zwischen Bürokratie und sozialistischer Demokratie ist auch in der Sowjetunion selbst im Gange. Es ist im Grunde genommen der Kampf um die einst von Stalin abgewürgte und seither niemals nachgeholte Kulturrevolution. Gerade die Brutalität und kleinbürgerliche Dummheit, mit der die autoritäre Bürokratie die Demokratisierung auf allen Gebieten zu verhindern versucht, zeigt, wie schwach schliesslich die Stellung der Bürokraten ist. Ein Gedicht, ein Theaterstück, die Abschaffung der Zensur bringt sie in die allergrössten Schwierigkeiten. Ihre einzige Stütze ist ihre angemasste Autorität, die in ständigem Widerspruch zu den marxistischen Grundprinzipien steht.

Die Bürokraten und Technokraten der Sowjetunion fürchten nicht nur die Kulturrevolution im eigenen Lande, sie fürchten sie auch, wenn sie in einem anderen sozialistischen Lande zum Durchbruch kommt, denn sie wissen, wie leicht der revolutionäre Funke überspringt. Mit der Besetzung der Tschechoslowakei haben sie die Entwicklung zum wirklichen Sozialismus vielleicht hinausgezögert, aber sie haben aller Welt einmal mehr vor Augen geführt, wie notwendig die Rebellion gegen die Mächtigen ist.

Wie können wir dem tschechoslowakischen Volke helfen?

Das reaktionäre Bürgertum in allen Ländern der kapitalistischen Welt versucht nun auf den roten Flammen des Genossen Dubcek sein eigenes, braunes, antikommunistisches Süppchen zu kochen. In kaum verhehlten Triumph wittern sie die Morgenluft des Kalten Krieges, versuchen sie die öffentliche Meinung von den Schandtaten der USA-Imperialisten abzulenken, den revolutionären Teil unserer Arbeiterbewegung zu isolieren und spielen sie sich als die grossen Freunde unserer tschechischen Genossen auf. Sie, die General Pattakos Bankkredite geben, in Südafrika investieren, über Spanien, Portugal und Angola schweigen und den Völkermord in Vietnam rechtfertigen, vergiessen nun Krokodilstränen über die Unterdrückung der Tschechoslowakei. Indem wir diese Komödianten demaskieren und ihre heuchlerischen Tränendrüsen-Aktionen zu politisch bewussten, revolutionären Aktionen umfunktionieren, helfen wir dem tschechoslowakischen Volk.

Die heutige Sowjetunion ist genau jene Sowjetunion, die sich unser Bürgertum wünscht. Wir, die revolutionären Sozialisten und Kommunisten, können die herrschenden Kreise der sowjetischen KP nicht mehr als Genossen betrachten. Wir werden im Gegenteil jede antiautoritäre, kulturrevolutionäre Bewegung in der UdSSR, die das Ziel hat, diese herrschenden Kreise in der Partei zu stürzen, unterstützen.

Die grösste Hilfe, die wir jedoch dem tschechoslowakischen Volk und der Kulturrevolution in den sozialistischen Ländern bieten können, ist die Verwirklichung eines revolutionären, demokratischen und unabhängigen Sozialismus in unserem Lande.

Dokument 2

Die herrschenden Kreise der sowjetischen KP sind keine Genossen mehr

Diskussionsvotum eines Delegierten der Jungen Sektion Zürich zum Traktandum «die politische Lage und die Aufgaben der Partei», 9. Parteitag der PdAS, 1.-3.11.1968 in La Chaux-de-Fonds. (Unterstreichung so im Original).

Auch die jüngste Doktrin, die die KPdSU zur Verteidigung der Okkupation der CSSR verkündet, wäre von unserer Parteiführung zweifellos übernommen worden, hätte man sich zuvor nicht so eindeutig mit dem Prager Reformkommunismus identifiziert. So sah sich denn unsere Parteiführung plötzlich – über Nacht – in einer verzwickten Lage, das heisst im Gegensatz zur Politik der Sowjetunion, als Komplize einer Regierung, die den Zorn der grossen Lehrmeisterin erregt hatte. Aber auch diese Situation hat in unserer Parteiführung keine echte Änderung des Denkens in Gang gesetzt. Man hat lediglich versucht, sich so gut wie möglich aus der Affäre zu ziehen. Mit einer Ausflucht wollte man beiden recht geben, den Okkupanten sowohl wie den Opfern der Okkupation, und so erklärte man einfach, die Sowjetunion und die anderen Invasoren hätten einen Fehler gemacht, ein bedauerlicher Irrtum sei ihnen unterlaufen, eine Fehleinschätzung der politischen Lage.

Wie allen bekannt ist, hat die J.S. eine andere Erklärung über diese Sache abgegeben. (...) Wir haben in unserer Sektion über die Intervention diskutiert und sind zur Ansicht gekommen, bei dieser Intervention handle es sich um den konterrevolutionären Versuch einer autoritären Bürokratie, die demokratische Weiterentwicklung in den sozialistischen Gesellschaften zu verhindern. Wir haben die Okkupation auch in den Zusammenhang mit anderen Ereignissen gestellt, in denen die Sowjetunion ebenfalls ihre eigenen Grossmachtinteressen über die Interessen anderer Völker gestellt hat. So sei zum Beispiel daran erinnert, dass die kommunistische Partei Persiens sämtliche Angriffe gegen den Schah und seine Clique völlig eingestellt hat, seit dieser erzreaktionäre Schuft ein oft und gern gesehener Gast im Kreml ist. Aus dieser Überlegung heraus haben wir die Konsequenzen gezogen und erklärt, dass wir die herrschenden Kreise der sowjetischen KP – wohlgemerkt die herrschenden Kreise – nicht mehr als Genossen betrachten können.

Dokument 3:

Kritik an der Partei der Arbeit

Verfasst von der Antiautoritären Jungen Sektion der PdA, 1969; in Auszügen. (Unterstreichungen im Original)

Gründung der PdA

Die Schlacht bei Stalingrad im Februar 1943 als Wende des Zweiten Weltkrieges ist der Ausgangspunkt für die Gründung der Föderation der Parteien der Arbeit, die 1944 gegründet wurde: mit dem Optimismus, im Schnellzugstempo dem Sozialismus entgegenzufahren, in einer euphorischen Stimmung für Frieden und Aufbau, getragen von einer unkritischen Begeisterung für die Sowjetunion.

(...)

Programm und erste Beschlüsse der PdA

In Basel tagte am 21. Mai 1944 die erste Konferenz der Parteien der Arbeit der Schweiz. Im Gründungsdokument wird erklärt:

«...Notwendig ist nicht eine Partei mit einem völlig neuen Programm. Es trifft durchaus zu, dass das programmatische Hauptziel wie die unmittelbaren Tagesforderungen der Parteien der Arbeit weitgehend mit jenen der Sozialdemokratischen Partei übereinstimmen...»

(...)

Die Partei der Arbeit hatte nachweisbar schon bei ihrer Gründung nicht den Anspruch einer revolutionären Partei. Sie war grundsätzlich allein auf die Evolution ausgerichtet, also keine marxistische Organisation.

(...)

Zerfall der PdA

Der Linkstrend der Nachkriegsjahre und die sozial-programmatische Politik der PdA brachte der Partei als einziger Alternative zur schweizerischen Bourgeoisie bis Ende der vierziger Jahre verhältnismässig grosse Erfolge. Der massiv einsetzende Kalte Krieg, der deutschschweizerische Antikommunismus und Antisowjetismus, der seinesgleichen suchte, der bürgerliche Opportunismus der SPS und der Gewerkschaften, auch die innerparteilichen Konflikte und die propagandistisch ausgeschlachteten Parteiskandale, drängten die PdA immer mehr in die unbedeutende Rolle einer kleinen Opposition. (...) Schon bei der Parteigründung sind entscheidende Versäumnisse festzustellen. Einer der wesentlichsten Mängel war das Fehlen einzelner Analysen. Die von der Komintern hinterlassene dogmatische Ideologie wurde ungeprüft übernommen. (...) Die PdA hielt sich an die Spielregeln der bürgerlichen Formaldemokratie und liess sich zu Füssen dieser Institutionen nieder – um nicht wieder aufzustehen. (...) Das A und O einer marxistisch-leninistischen Partei wurde also nicht beachtet und aus der Praxis gestrichen. Teils bewusst um möglichst viele der Bündnispartner brav bei der Stange zu halten. Teils auch, weil die aus der alten KP stammenden Bürokraten und von der Komintern geprägten Genossen führende Positionen innerhalb der Partei hatten. (...) Die PdA degenerierte in der deutschen Schweiz zur Sekte. (...) Sie verpasste den Moment der Umstellung auf eine revolutionäre Kaderpolitik, da in keinem Moment die Lage neu analysiert worden ist. Die PdA vertrat nicht die Interessen der Massen, vielmehr hatten die Massen die Interessen der Parteiführung zu vertreten und zu verwirklichen.

(...)

Im Jahre 1956 erfolgte mit der Ungarnkrise der letzte Stoss zum Zerfall der Partei der Arbeit (insbesondere der deutschen Schweiz). Diesen Schock hat die Partei bis heute nicht überwunden.

(...)

Der 20. Parteitag der KPdSU mit Chruschtschows Stalin-Enthüllungen, die Chruschtschow-Aera des Wettbewerbs mit dem Kapitalismus, die Friedliche Koexistenz,

die Illusion vom friedlichen und parlamentarischen Weg zum Sozialismus, das China-Problem, die Dritte Welt, die Erscheinung neuer revolutionärer Kräfte, die Jugend- und Studentenbewegung – diese neuen, die Weltsituation stark veränderten Phänomene wurden weder diskutiert noch analysiert. Ansätze dazu erwiesen sich entweder als sinnlos oder wurden von der Parteiführung als «mit dem Programm der PdA unvereinbar» unterbunden. Der ideologische Stand der Partei lässt keine Hoffnung mehr zu.

(...)

Der «Parlamentarische Weg» bedeutet Anerkennung des bürgerlichen Herrschaftsprinzips

(...)

Wer aber, so wie die PdA, die politischen Spielregeln des bürgerlich parlamentarischen Systems akzeptiert, lässt sich letztlich vom Klassengegner diktieren, auf welchen Schauplätzen der Klassenkampf sich abzuspielen hat, auf welchem Weg das Proletariat die Macht ergreift oder besser nicht ergreift. Eine solche Partei muss notwendigerweise zu einem systemstabilisierenden, letztlich konterrevolutionären Faktor werden, sobald sich in den lohnabhängigen Massen revolutionäre Aktivität entwickelt, die sich von der Partei nicht mehr kanalisieren lässt, und die das bestehende Herrschaftsprinzip an seiner wirklichen Basis anzugreifen versucht. (...) Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution nicht möglich.

(...)

Die Partei der Arbeit hat ihr Programm des parlamentarischen Weges niemals durch eine exakte Analyse der spätkapitalistischen Gesellschaft untermauert, hat ihre fundamental neue Einschätzung des bürgerlichen Staates niemals gerechtfertigt. Dieses Programm ist nicht die Frucht einer Analyse oder einer theoretischen Arbeit, sondern bloss ein opportunistisches Zugeständnis an das kleinbürgerliche Bewusstsein der Mehrheit des schweizerischen Proletariats. Ein Zugeständnis übrigens, das niemals honoriert worden ist.

Dem «Parlamentarischen Weg» entspricht die kleinbürgerliche Praxis

(...)

Wo immer sich in den letzten Jahren in unserer Bevölkerung klassenkämpferische Bewusstseinsinhalte zu entwickeln vermochten, war dies mit Bestimmtheit nicht auf die Tätigkeit der PdA-Führung, sondern auf die direkten Aktionen «kleinbürgerlicher Abenteurer», wie gewisse Parteiführer die jungen Genossen nennen, zurückzuführen. Der nichtrevolutionären Vorstellung vom Weg zum Sozialismus aus den bestehenden Institutionen heraus entspricht die kleinbürgerliche Praxis der Partei, der es nicht gelingt, die wirklichen Probleme und unbewussten Wünsche der lohnabhängigen Massen politisch wirksam zu artikulieren. Lenin schrieb 1902 in «Was tun?»: «Es genügt nicht, sich "Avantgarde", Vortrupp zu nennen – man muss auch so handeln, dass alle übrigen Trupps erkennen und gezwungen sind anzuerkennen, dass wir an der Spitze marschieren.»

Wenn die Partei die Revolution nicht vorbereitet, stirbt ihre innere Lebenskraft

In der Partei wird praktisch keine theoretische Schulung betrieben, deshalb der niedrige Bewusstseinsstand vieler Genossen, deshalb auch die katastrophalen Zusammenbrüche des Mitgliederbestandes bei weltpolitischen Ereignissen, die die Standfestigkeit des Bewusstseins auf die Probe stellen, so zum Beispiel 1956 bei den Ungarn-Ereignissen. Weitaus der grösste Teil der Partei-Sektionen ist fast völlig inaktiv, verschlafen, es sind leblose Zirkel, die mehr der Form halber weiter bestehen. Die «revolutionäre» Basisarbeit des aktiveren Teils erschöpft sich normalerweise im Sammeln von Initiativunterschriften oder im Verteilen von Wahlflugblättern.

Eine lebendige marxistische Partei, die den ständigen Dialog mit den Massen betreibt, kann nicht anders als demokratisch organisiert sein. Das ist nicht allein eine Frage der Statuten, sondern bedeutet, dass alle wichtigen Fragen von Theorie und Praxis offen und grundsätzlich diskutiert werden, dass die Diskussion, soweit dies aus Sicherheitsgründen möglich ist, den Nichtparteimitgliedern zugänglich sein müssen, damit sie mitdiskutieren können und die revolutionäre Theorie in die Massen getragen wird. (...) Diese revolutionäre leninistische Linie ist aber nicht die politische Linie der PdA: So braucht sie denn auch keine innerparteiliche Demokratie, ist ihr jede innerparteiliche Diskussion und Kritik, sobald sie grundsätzliche Fragen der Theorie und Praxis berührt, widerwärtig und im Wege, versucht sie, jede innerparteiliche Auseinandersetzung als das Werk gegnerischer Agenten zu diffamieren und ängstlich vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Das Verhältnis zu den «Bruderparteien»

Die politische Linie der PdA wurde, und wird noch immer, weitgehend von der politischen Linie der KPdSU bestimmt. Die Kritik an der PdA kann deshalb nicht losgelöst von der Kritik an der KPdSU und dem Verhältnis zu dieser Partei geleistet werden.

(...)

Der Stalinismus war ein degenerierter Sozialismus mit einer dogmatisierten Theorie und einer terroristisch-ökonomischen Praxis. In der nachstalinistischen Zeit Chruschtschows entwickelte sich

daraus ein revisionistisch-ökonomischer sogenannter Gulasch-Sozialismus, der die Übernahme kapitalistischer Produktionsanreize und Konsumideale immer eindeutiger zum offiziellen Programm erhob. (...) Die terroristische Herrschaft der stalinistischen Parteibürokratie wurde durch die Herrschaft der technokratischen Bürokratie abgelöst. (...) Dass die (...) Tendenz also nicht in Richtung Kommunismus, sondern in Richtung kapitalistisch-bürgerlicher Bewusstseinsrestauration geht, zeigt deutlich den restlosen Bankrott der politischen Linie der heutigen KPdSU.

(...)

In Gebieten, in denen die sowjetischen Interessen mit dem amerikanischen Imperialismus direkt kollidieren, das heisst in gewissen Regionen der Dritten Welt, kann zwar die sowjetische Konkurrenzstellung gegenüber dem Imperialismus den revolutionären Befreiungsbewegungen nützlich sein, so zum Beispiel in Kuba und Vietnam. Im allgemeinen tendiert aber die sowjetische Strategie in der Dritten Welt immer deutlicher auf Umwerbung und Zusammenarbeit mit kleinbürgerlich-reformistischen bis offen faschistischen Regimen. Die Sowjetunion unterstützt heute wirtschaftlich und militärisch Regime wie diejenigen von Indonesien, Burma, Indien, Nigeria, Iran und andere, die entweder Unterdrückungs- und Ausrottungsfeldzüge gegen revolutionäre Befreiungsbewegungen führen, oder wie im Fall von Nigeria, die sowjetischen Waffen zur Ausrottung einer nationalen Minderheit benutzen.

(...)

Die Politik der SU ist deshalb keine revolutionäre Politik, sie hat mit proletarischem Internationalismus nichts mehr zu tun, sie ist im Gegenteil ihrer Tendenz nach gegen die Interessen des Weltproletariats gerichtet.

(...)

Die kommunistische Arbeiterbewegung und mit ihr die PdA stand mindestens bis zum Zeitpunkt des XX. Parteitags der KPdSU in absoluter ideologischer Abhängigkeit zur KPdSU. (...) Unter Entstalinisierung wurde bloss Kritik an der Persönlichkeit Stalins verstanden, aber nicht kritische Analysen der sozioökonomischen Situation der sozialistischen Länder und schon gar nicht Kritik an der eigenen Politik. (...) Bezeichnend für all das ist beispielsweise das Verhalten der Partei im sinosowjetischen Konflikt, wo von allem Anfang an und ohne Diskussion in der Parteibasis die sowjetische Version übernommen wurde.

Im Zuge der Ereignisse in CSSR schien sich erstmals eine kritische Distanz der PdA zur Politik der SU abzuzeichnen. In der Zwischenzeit ist ein guter Teil dieser Distanz wieder eliminiert worden, und ohne Zweifel wird das alte kritiklose Verhältnis bald wieder erreicht sein.

Weshalb wir in die PdA eintraten

Der revisionistische Charakter der Politik der PdA und die verhängnisvollen Folgen der engen Bindung an die KPdSU wurden 1964 bei der Gründung der Jungen Sektion, von den jungen Genossen, die sich damals zum Eintritt in die Partei entschlossen, durchaus gesehen. (...) Das Anschwellen des antiimperialistischen Kampfes in der Dritten Welt und die damit verbundene endgültige Demaskierung des Imperialismus, vor allem im Vietnamkrieg, inizierte bei wachsenden Teilen der jungen Arbeiter und Studenten eine radikale Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft und damit ein Abrücken von pazifistischen und linksliberal nonkonformistischen Positionen. Als einzige bestehende Organisation, die sich auf die marxistische Theorie berief und programmatisch die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft vertrat, bot sich die PdA an.

In der gesamten kommunistischen Bewegung, so auch in der PdA, machten sich Theoretiker bemerkbar, die die stalinistische Dogmatisierung des Marxismus überwanden, und abseits von den Parteibürokratien und in Opposition zu diesen, eine kritische Diskussion über alle wesentlichen Fragen führten. Im Zusammenhang mit der Verschärfung der Widersprüche innerhalb des sozialistischen und innerhalb des imperialistischen Lagers, erlebte der Marxismus von den frühen Sechzigerjahren an in Westeuropa eine ungeahnte Renaissance, vor allem auch deshalb, weil die führenden Theoretiker die Kritische Theorie auch auf die Positionen der eigenen, das heisst der marxistischen, Parteien anwandten.

(....)

Die Junge Sektion der PdA war in gewissem Sinne sichtbarer Ausdruck für diese Verbindung der bewussten Teile der traditionellen Linken mit der antiautoritären Bewegung der jungen Generation. Um diese Bedeutung noch zu unterstreichen, begann die JS im Laufe der Zeit noch den Zunamen «Antiautoritäre» zu führen.

Weshalb wir aus der Partei austreten

(...)

Völlig unabhängig von der PdA, von den anderen sogenannten Arbeitnehmerorganisationen ganz zu schweigen, haben sich in der Basis der jungen Arbeiter und Studenten neue Klassenkonflikte herausgebildet, ohne dass die Partei sich bemühte, eine politische Antwort darauf zu finden.

Unser einstiges Ziel, diese Partei als Ganzes zu verändern, ist heute sinnlos geworden, einmal weil die Partei ihre historische Chance der Umwandlung verpasst hat, dann aber auch, weil sich inzwischen vitalere Alternativen sozialistischer Politik abzuzeichnen beginnen. Wenn wir heute aus der PdA austreten, so nur deshalb, weil der Aufbau einer marxistisch-leninistischen Organisation, die diesen Namen verdient, heute objektiv möglich geworden ist.

Gramsci und das 20. Jahrhundert

Im April dieses Jahres fand in Cagliari eine internationale Konferenz aus Anlass des 60. Todestages eines der wichtigsten Philosophen dieses Jahrhunderts statt.

Von den 47 WissenschaftlerInnen, die sich auf Einladung der Universität und der Regionalregierung in Cagliari sowie des nationalen Gramsci-Instituts in Rom vom 15. – 18. April 1997 in Cagliari trafen, kamen 13 aus Nord- und Südamerika, davon 6 allein von den berühmten New Yorker Universitäten Columbia und New York State. Unter ihnen war der Autor der ersten vollständigen (zweibändigen) englischen Ausgabe der Gefängnisbriefe, Frank Rosengarten; der Mitherausgeber (mit Michael Walzer) der wichtigen linken Zeitschrift «Dissens», Mitchel Cohen; Der Autor des vieldiskutierten Buches über «Gramsci und Machiavelli», Benedetto Fontana; die kanadischen Politikwissenschaftler Robert Cox und Stephen Gill; die aus Lateinamerika angereisten PhilosophInnen Carlos Nelson Coutinho, Juan Carlos Portaniero, Dora Kanoussi, Reyes Ernesto Soto, Marco Velazquez.

Aus Europa waren ausser den 27 italienischen Kolleginnen und Kollegen nur wenige TeilnehmerInnen angereist.

Eine so ungleich verteilte Resonanz ist kaum verwunderlich, wenn man bedenkt, dass Gramsci heute in USA wie auf der ganzen Welt der meistzitierte italienische Autor dieses Jahrhunderts überhaupt ist (der Amerikaner John Cammett gab der Konferenz darüber erstaunliches Zahlenmaterial bekannt), dass jedoch zum Beispiel in der Bundesrepublik keine der grossen Tageszeitungen oder Zeitschriften seinem 60. Todestag einen Artikel widmete.

Was ist es, was den Marxisten Antonio Gramsci ausserhalb Europas nach dem Ende der Systemkonfrontation so populär macht? Flora Lewis, seinerzeit Auslandskorresponentin der New York Times, schrieb in ihrem Artikel vom 25. Juni 1989 über «The Rise of Civil Society»: «Ironischerweise war es der italienische Kommunist Antonio Gramsci, der den Begriff (gemeint ist «Civil Society») in den modernen politischen Sprachgebrauch einführte.» John Cammett wies darauf hin, dass dies nicht der einzige Gramsci'sche Schlüsselbegriff ist, der heute die Felder der Politikwissenschaften, Soziologie, Anthropologie und Historiographie entscheidend mitprägt. Cammett nennt als Beispiele Begriffe wie «Amerikanismus», «Fordismus», «Organische Intellektuelle», «Traditionelle Intellektuelle», Hegemonie», «Passive Revolution».

Besonders wichtig für die Diskussion um Zivilgesellschaft in den USA erscheint Jean L. Cohen, der bekannten Autorin der Zeitschrift «Telos», Gramscis Konzept wegen der hier gegebenen begrifflichen Verbindung von Zivilgesellschaft und Hegemonie. Weil Gramsci deutlich gemacht hat, dass Hegemonie die beiden Seiten des Konsenses und der Gewalt birgt, ist auch der Begriff der «società civile» als Kampffeld um Hegemonie nicht nur durch den «associazionismo», die «voluntary associations» geprägt, sondern ebenso durch die Institutionen des bürgerlichen Zwanges: Recht und Erziehung. Wie wichtig es ist, diese beiden Aspekte der Zivilgesellschaft im Auge zu behalten, hat Jean Cohen in ihrer Kritik an «weichen», neokommunitaristischen und traditionalistischen Deutungen von «Civil Society» gezeigt, in denen Zivilgesellschaft letztlich gleichgesetzt wird mit der Fähigkeit zum «Vertrauen» in Primärgruppen als gesellschaftlichem Kitt, allen voran die Familie. Eine Einengung der Zivilgesellschaft auf diese immer schon vorausgesetzten gesellschaftlichen Bindungen ohne den Blick auf die Demokratiefähigkeit neuer Medien und Institutionen muss notwendig zu einem neokonservativen Beklagen gesellschaftlicher Erosionsprozesse führen.

Ganz anders als in den USA ist der Focus des Interesses an Gramsci in Europa. Auf der einen Seite wird heute versucht, die Brücke von Gramscis Theorie zum wiederentdeckten Pragmatismus und zur Chicago School of Philosophy zu ziehen (Claudia Mancina und Nadia Urbinati), auf der anderen Seite wird die Abstinenz der Altlinken von demokratischen Erneuerungen (wie in Grossbritannien durch New Labour) mit Gramsci'scher Terminologie kritisiert (Anne Showstack Sassoon). Die italienischen Intellektuellen besinnen sich auf Themen, die von der Linken lange vernachlässigt wurden: Gramsci und die Tradition des Liberalismus (Remo Bodei, Paolo Bonetti), der Katholizismus als Bewegung (Emma Fattorini), Fragen der Ethik (Giuseppe Cacciatore), der italienischen Nation (Michele Ciliberto, Maurizio Viroli und Marzio Zanantoni), der sozialdemokratischen Revisionismen (Mario Telò). Die politischen Akzente setzten vor allem einleitend der beliebte frühere Bürgermeister von Bologna und heutige Präsident des Gramsci-Instituts, Renato Zangheri, durch einen Beitrag, der deutlich machte, dass Gramsci sehr früh die bonapartistischen Deformationen, die Passivität der Massen in der Sowjetunion kritisiert hatte, sowie abschliessend Massimo D'Alema, der in einem brillianten (vielleicht in einigen Punkten nicht weit vom Zynismus sich bewegenden) Beitrag Gramscis Kritik der Bürokratie auf heutige

italienische Verhältnisse abbildete. Eine abschliessende – vom Direktor des Gramsci-Instituts, Giuseppe Vacca, moderierte – Politikerrunde, die mit Felipe Gonzales (ursprünglich stand auch Oskar Lafontaine auf dem Programm) Gramsci offenbar in die Gegenwart der Sozialdemokratischen Sozialistischen Internationale einholen sollte, wirkte hingegen wenig überzeugend.

Selbstverständlich blieb das Aufarbeiten stalinistischer Altlasten und ihre Auswirkung auf bisherige Gramsci-Editionen (insbesondere der Gefängnisbriefe) ein durchgängiges Thema der Konferenz, und die durchaus nicht nur von seiten der Autoren aus dem ehemals sozialistischen Ländern (Irina Grigoreva und Victor Gajduk). In Italien wurden 1996 und 1997 in den grossen Zeitungen seitenlange Diskussionen und die neue Kritische Briefausgabe geführt, an der in Italien Aldo Natoli und Chiara Daniele, in der Bundesrepublik als Herausgeber ausserdem Peter Kammerer und die Autorin des vorliegenden Beitrags beteiligt sind. Das Besondere an dieser Briefausgabe: Sie enthält erstmals auch die Briefe von Gramscis Briefpartnerinnen, insbesondere Gramscis Frau Giulia Schucht und seiner Schwägerin Tatjana, und kann erstmals die ganze innere Dramatik der Gefängnisjahre, Gramscis Dissens mit der Partei und sein Gefühl des Verratenseins auch von der Familie in Moskau aufdecken. Daneben erhellt sie viele andere wenig bekannte Aspekte der Gramsci'schen Theorie: Seine Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse, seinen Anti-Rousseauismus, seine Theorie der Selbstkonstruktion des Menschen. Ursula Apitzsch stellte der Konferenz in einem von Gianni Francioni («L'Officina Gramsciana») geleiteten Forum den ersten Band der in der Bundesrepublik begonnenen Ausgabe vor, der den Briefwechsel mit Giulia Schucht enthält. Aldo Natoli, dessen mit Chiara Daniele (vom Gramsci-Institut in Rom) bei Einaudi herausgegebenener gewaltiger Band des Briefwechsels mit Tanja Schucht (mehr als 1'500 Seiten!) in diesem Frühjahr in Italien für Furore sorgte, konnte leider aus Gesundheitsgründen an der Konferenz nicht teilnehmen. Er wird aber weiterhin als Mitherausgeber für die deutsche Ausgabe zur Verfügung stehen, deren nächster Band (Teil I des Briefwechsels mit Tanja Schucht) im Frühjahr in einer Gemeinschafts-Ausgabe des Argument-Verlags Hamburg und des Cooperative-Verlags Frankfurt erscheinen wird.

Ursula Apitzsch,
Universität Frankfurt/M

Literatur:

Antonio Gramsci: Gefängnisbriefe. Kritische Ausgabe in vier Bänden, hg. v. Ursula Apitzsch, Peter Kammerer, Aldo Natoli und Mimma Paulesu Quercioli, Argument-Verlag Hamburg / Cooperative Verlag Frankfurt, 194 S., Ln., ISBN 3-88619-421-3

Aldo Natoli: Tanja Schucht und Antonio Gramsci. Eine moderne Antigone, übersetzt von Peter Kammerer, Cooperative Verlag, 269 S., Br., ISBN 3-88442-026-7



Foto von Giulia Schucht, der Ehefrau von A. Gramsci

Ernst Stauffer
10. November 1914 – 10. November 1997

Hans Stöckli, Stadtpräsident von Biel, erzählte am 14. November anlässlich der Abdankung für Ernst Stauffer, wie oft die Waschküche von Stauffers der Ausgangspunkt und das Zentrum für manchen politischen Kampf war, für Wahlen in den Bieler Gemeinde- und Stadtrat, für den Kampf um das AJZ in Biel und vieles andere mehr, und wie dort nicht mehr Wäsche, sondern Wahlplakate und Transparente zum Trocknen aufgehängt wurden. Diese politischen Aktivitäten hielt Ernst Stauffer bis ins hohe Alter aufrecht, nebst andern vielseitigen Tätigkeiten. Er gehörte noch zu jener Generation, so Hans Stöckli, die sich voll für die SP einsetzte und sich mit ihr identifizierte. Aehnliches war von Marcel Schwander zu hören, für den Ernst Stauffer im Grossen Rat des Kantons Bern im Jahre 1968 nachrückte.

Politisch betätigte sich Ernst Stauffer in der SP Biel-Madretsch und von 1968 bis 1980 im Stadtrat von Biel (Legislative), und im Grossen Rat des Kantons Bern sass er von 1968-1974 und 1975-1978.

1942 heiratete Ernst Stauffer mit Erika Leemann. Sie hatten drei Kinder, Heidi, Theo und Hermann («Mändu»). An seinen Grosskindern hatte Ernst Stauffer grosse Freude. Nach dem Spanischen Bürgerkrieg hatte er in verschiedenen Betrieben in Genf und in Biel gearbeitet, von 1970 bis zu seiner Pensionierung war er Spezialhandwerker in der Werkstatt bei der Biel-Teufelen-Ins-Bahn (BTI). Ernst Stauffer ist am 10. Dezember 1997 in Biel im Krankenheim Mett, wo er – halbseitig gelähmt – die zwei letzten Lebensjahre verbrachte, genau an seinem 83. Geburtstag gestorben.

Fränzi, seine Enkelin, erzählte bei der Trauerfeier in rührender Weise, wieviel Zeit und Zuwendung sie von ihrem Grossvater erfahren und wie viele Anregungen sie von ihm erhalten hatte. Marcel Schwander liess einige von seinen Erlebnissen im Spanischen Bürgerkrieg Revue passieren.



Ernst und Erika Stauffer-Leemann (Mitte) beim letzten Treffen der «Interessengemeinschaft der ehemaligen Schweizer Spanienfreiwilligen» in Zürich am 23. April 1994, am Rande der Ausstellung der STUDIENBIBLIOTHEK zum Spanischen Bürgerkrieg im Stadthaus Zürich (Foto: Marie-Anna Gneist).

Am 11. November 1936 war Ernst Stauffer zusammen mit seinem Bruder Hermann in den Spanischen Bürgerkrieg gezogen. Die Reise führte sie zunächst nach Le Locle, Besançon und Lyon und von dort mit den üblichen Sammeltransporten über Perpignan und Figueras nach Albacete, wo beide Brüder in die XIII. Internationale Brigade eingeteilt wurden, in das Bataillon Tschapaiew der «21 Nationen». In dieser Einheit waren unter dem Kommando des Zürcher Kommunisten Otto Brunner die meisten Schweizer vereinigt.

Ernst Stauffer (1914) und sein Bruder Hermann (1915) wurden in Nidau geboren.

Die beiden Söhne wuchsen dort zusammen mit sieben anderen Geschwistern auf, wo ihr Vater Gottlieb Stauffer Gemeindepolizist war. Beide lernten nach neun Jahren Primarschule in Nidau einen Beruf: Ernst absolvierte bei der Alpha AG eine vierjährige Schlosserlehre und Hermann wurde Heizungsmonteur. Politisch betätigten sie sich zuerst in der sozialistischen, dann ab 1934/1935 in der kommunistischen Arbeiterjugend (nach Moskauer Quellen). Sie waren nach der Lehre auf die Arbeitslosenunterstützung und auf die Hilfe des Vaters angewiesen. Beide hatten ihren Arbeitsplatz während der Rekrutenschule verloren.

Aber «auf die Dauer war der Marsch aufs Arbeitsamt unerträglich. Ich war jung und voller Tatendrang und wollte mein Leben nicht auf diese Art verbringen», erklärte Ernst Stauffer (1991) rückblickend.

Die Zeitungsberichte über den Kampf um Madrid, wo am 8. November 1936 zum ersten Mal die «Internationale Kolonne» zur Abwehr gegen die vom Südwesten her anrückenden Marokkaner und Fremdenlegionäre Francos eingesetzt wurden, brachten Ernst und Hermann zum endgültigen Entschluss, nach Spanien in den Kampf zu ziehen. Allerdings dürfte ein Vortrag von Hans Anderfuhren, der in verschiedenen Kantonen für die Agitation der KPS zuständig war, Ende Oktober 1936 in Biel auch zu diesem Entschluss beigetragen haben. Den Eltern sagten die beiden kein Sterbenswörtchen davon.

Ernst Stauffer begründete diesen grossen Schritt in der Einvernahme durch den Untersuchungsrichter des Divisionsgerichtes 2 B im Januar 1939 folgendermassen:

«Mein Bruder und ich gingen nach Spanien von der Erwägung aus, dass der Untergang der spanischen Republik auch denjenigen

der Schweizerischen Republik nach sich ziehen würde und, dass es unsere Pflicht sei, an der Verhinderung dessen mitzuhelfen. Kämpfen für die spanische Demokratie hiess für uns auch kämpfen für die Unabhängigkeit der Schweiz. Wir waren lange Zeit arbeitslos. Ich kannte das Verbot des Bundesrates, war aber der Auffassung, dass dieses nicht ernst zu nehmen sei, solange als der gleiche Staat ausserstande sei, für genügende Arbeit zu sorgen.»

Zwar waren für Ernst Stauffer von der Rekrutenschule her «Gewehrsalven und detonierende Sprengkörper nichts Neues. Neu hingegen war, dass auch zurückgeschossen wurde. Damit musste man sich aber abfinden. Auch an die ständige Angst vor dem nächsten Angriff gewöhnte man sich.» (1991)

Mit der XIII. Brigade ging es nach der militärischen Ausbildung zunächst an die Levante bei Valencia zur Küstenbewachung, weil man dort die Landung der Faschisten befürchtete. Otto Brunner war damals noch Politkommissar des Tschapaiew-Bataillons. Am 18. Dezember 1936 teilte er seinem Bataillon mit, dass es an die Front von Teruel geworfen werde. In Alfambra, östlich von Teruel, wurden sie am 24. Dezember eingesetzt, zunächst nur von Fliegerangriffen geplagt.

Die beiden Stauffer Brüder wurden zur Minenwerferabteilung befohlen. Und am 28. Dezember ging der Kampf los. Ernst Stauffer erlebte hier seine Feuertaufe. Zunächst schien der republikanische Angriff zu gelingen, dann wurde er aber wegen Führungsfehlern zurückgeschlagen. Viele Kameraden ringsum fielen. Beim Versuch, die Verbindung zum Brigadestab herzustellen, erwischte Ernst bei einer gefährlichen Passage eine MG-Serie. «Meine Sardinenbüchse im Brotsack wird ins Herz getroffen. Glücklicherweise bleibt die Kugel drin stecken. Eine andere Kugel reisst mir den Riemen vom Brotsack.» Etwas später wurde er durch ein Explosivgeschoss an der Oberlippe leicht verletzt. Nach dem Misserfolg blieb die XIII. Brigade noch bis zum 26. Januar 1937 im Stellungskampf vor Teruel und wurde dann zur Reorganisation nach Requena zurückgezogen.

Nach dem Fall Malagas im Februar 1937 wurde die XIII. Brigade an die Südfront verlegt. In der Sierra Nevada machte das Bataillon Tschapaiew nach Vertreibung der Faschisten reiche Kriegsbeute. Hermann Stauffer erteilte Schiessunterricht und wurde zum Sargento befördert und Ernst reparierte MGs, die Ladehemmungen hatten.

Ernst Stauffer (Mitte) mit Maruja Hunziker-Delicado und Marcel Borloz,(rechts) beim letzten Treffen der «Interessengemeinschaft der ehemaligen Schweizer Spanienfreiwilligen» in Zürich am 23. April 1994, am Rande der Ausstellung der STUDIENBIBLIOTHEK zum Spanischen Bürgerkrieg im Stadthaus Zürich (Foto: Marie-Anna Gneist).

Als die Front stabilisiert war, trat die Brigade am 4. April die Reise weiter in den Süden an, zur Pozoblanco-Front. Ernst Stauffer war Beobachter beim Gefechtsposten des Bataillons. Durch einen Bombenangriff wurde er verschüttet und leicht verletzt, konnte sich aber selbst befreien. Am nächsten Tag ging der Kampf mit einem Überraschungsangriff auf La Granjuela weiter. Zunächst wurden die Faschisten zurückgedrängt und es wurden auch Gefangene gemacht, dann aber auf den Höhen der Sierra Mulva kam der Rückschlag. Albert Gertsch aus Biel und Ernst Lang aus Zürich fielen. In drei Angriffstagen hatte das Bataillon 70 Mann an Verwundeten oder gar Gefallenen zu beklagen. Dann mussten sie sich eingraben und es begann ein Stellungskampf von mehreren Wochen. Über die kommunistische Presse, die allein an die Front gelangte, vernahm man hier im Süden auch etwas von den Unruhen in Katalonien anfangs Mai 1937.

Hermann Stauffer liess sich nun ohne Absprache mit Ernst zum Übertritt zu den Partisanen bewegen. Es hiess Abschied nehmen. Die beiden Brüder sollten sich nicht mehr sehen. Hermann erkrankte kurz darauf an Typhus und war längere Zeit im Spital. Erst beim Rückzug aus Spanien erfuhr Ernst später, dass sein Bruder bei der Ebro-Schlacht als einer der letzten Schweizer am 22. September 1938 gefallen war. Auch brieflich hatten sie den Kontakt untereinander nicht mehr herstellen können.

Ernst Stauffer leistete bei der Feindbeobachtung gute Arbeit und wurde auf den Brigade-Beobachtungsposten versetzt. Wegen seines handwerklichen Geschicks und seiner Berufsausbildung wurde er auch mit der Waffeninstruktion betraut. Dazwischen verkürzten sich die Internationalen das Frontleben mit Kartenspielen und mit Liedern. Doch am 26. Juni 1937 wurde die XIII. Internationale Brigade vom Süden abgezogen und für den Angriff bei Brunete an die Zentralfront verlegt. Bei dem in grösster Julihitze stattfindenden Angriff der Republikaner waren die

Verluste des Bataillons Tschapaiew so massiv, dass es nach Ende der Schlacht aufgelöst werden musste. Ernst Stauffer kam nun zur XI. Internationalen Brigade, mit der er an der Aragonfront bei Hijar einen weiteren Angriff mitmachte. Danach wurde er für einen Monat in die Offiziersschule von Pozo Rubio, in der Umgebung von Albacete, beordert. Darauf wurde er für die Ausbildung der neuen spanischen Rekruten eingesetzt. Die Ausbildung bestand im Handhaben des Gewehrs und im gefechtsmässigen Verhalten im Gelände. Stauffer hielt in seinem Spanienbericht* fest: «Der Kasernen- und Ausbildungsdienst stand unter der Leitung eines deutschen Offiziers, der den meisten Freiwilligen widerlich war und diese entmutigte.» Und etwas enttäuscht fügte er bei: «Da ich mich immer als Jungsozialist ausgab, fiel ich bei den Bewertungen meist zurück und der KP-Mann bekam den Vortritt.» Jedenfalls wollte Ernst Stauffer wieder an die Front und er meldete sich bei der Fliegerabwehrbatterie «Dimitroff».

Bei der zweiten Teruel-Schlacht im Januar 1938 erlebte Stauffer nun einen sehr viel stärkeren Einsatz der feindlichen Fliegerei. Er hatte aber Glück und erlitt nur einige Kratzer durch Bombensplitter. Erst im folgenden Einsatz an der Aragonfront im März 1938, wo den Faschisten der Durchbruch zum Mittelmeer gelang, erwischte es ihn ernsthaft. Er erlitt durch einen Rohrkrepierer, also nicht durch Einwirkung des Feindes, wie es nicht selten vorkam, eine Bauchverletzung. Für ihn war der Einsatz an der Front damit zu Ende. Er kam nach Benicasim und nach Alcoy ins Spital und dann nach Denia zum Erholungsurlaub.

Am 29. Oktober 1938 wurden die Internationalen Brigaden in Barcelona von der Republikanischen Regierung verabschiedet, und die Schweizer kamen ins Repatriierungslager nach Calella. Nach einigem Hin und Her wegen der angelaufenen Amnestiebewegung in der Schweiz traf die Gruppe von 64 Kameraden erst am 31. Dezember 1938 in Genf ein und wurde dort von den eidgenössischen Organen «in Empfang genommen». Am 2. Januar wurden die ersten Heimkehrer dieser Gruppe in Untersuchungshaft gesetzt.



Ernst Stauffer (Mitte, vor Plakaten, rechts von ihm Marcel Borloz, Genf. Rechts stehend: Paul Tross Zürich, ehemaliger Präs. der «Interessengemeinschaft») beim letzten Treffen der «Interessengemeinschaft der ehemaligen Schweizer Spanienfreiwilligen» in Zürich am 23. April 1994, am Rande der Ausstellung der STUDIENBIBLIOTHEK zum Spanischen Bürgerkrieg im Stadthaus Zürich (Foto: Marie-Anna Gneist).

Als Ernst Stauffer am 13. Januar 1939 im Grütlisaal in Biel-Madretsch vor 200 Zuhörern von seinen Spanienerlebnissen erzählte und die «Seeländer Volksstimme» anderntags dazu bemerkte, es fehle den Darlegungen auch nicht «der trockene Landsknechten-Humor», für den jeder Schweizer empfänglich sei, schrieb der Untersuchungsrichter des Divisionsgerichtes 2 B, Hauptmann Wegelin, die Randbemerkung dazu: «Könnte ihm morgen fehlen». In der Tat verfügte er anderntags nach der Einvernahme Stauffers auf der Landjägerhauptwache in Bern «Kollusionshaft». Was den Militärbehörden von damals sauer aufstiess, brachte der Grossrichter des Divisionsgerichts, Oberstleutnant M. Schmid, an der Gerichtsverhandlung vom 21. März 1939 in Bern folgendermassen auf den Punkt:

«Es beweist die Einsichtslosigkeit des Angeklagten, dass er sich in zahlreichen Versammlungen in Biel und Umgebung als «Held» feiern liess, und dass er auch in der heutigen Gerichtsverhandlung sich eine gewisse heldische Pose zulegen wollte.»

Ernst Stauffer erhielt drei Monate Gefängnis wegen «Schwächung der Wehrkraft» und kam damit – in Anbetracht seiner geradlinigen Haltung vor Gericht – zu einem milden Urteil.

In klarem Widerspruch zu den Äusserungen des Grossrichters steht seine Begründung für eine Strafmilderung zu diesem Urteil:

«Dadurch dass dem Angeklagten der militärische Strafvollzug gewährt wird, soll anerkannt werden, dass er sich in soldatischer Hinsicht auch im fremden Kriegsdienst seiner Heimat für würdig gezeigt hat.»

Hier kommt im Zusammenhang mit dem alten Reisläufer-Mythos eine gewisse Bewunderung schweizerischer Offizierskreise für die «Spanienfahrer» zum Ausdruck, wenn diese auch «auf der falschen Seite» kämpften.

Albert Utiger

* Ernst Stauffer: «Spanienkämpfer. Erinnerungen eines Freiwilligen aus dem spanischen Bürgerkrieg 1936-1938». Spanienkämpfer Eigenverlag, Biel 1986. Mit einer Einführung von Marcel Schwander.

Rudolf Gerber

30. Oktober 1915 – 19. Mai 1997

Rudolf Gerber verliess am 21. Oktober 1937 Aarwangen, um sich in den Spanischen Bürgerkrieg zu begeben.

Er wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Sein Vater war Dachdecker, die Mutter war Fabrikarbeiterin. Er hatte drei Brüder und eine Schwester und war der Jüngste. Neun Jahre besuchte er die Primarschule in Aarwangen. Ruedi Gerber absolvierte von 1931 bis 1935 eine Lehre als Maschinenschlosser bei der Maschinenbau AG (Mabag), Langenthal. Im Sommer 1935 rückte er in die RS ein, wo er erkrankte. Er blieb bis Ende Oktober im Spital. Im Sommer 1936 war er arbeitslos. Während jener Zeit half er zu Hause. Der Vater hatte ein kleines Einfamilienhaus mit etwas Pflanzland. Ab Dez. 1936 war er wieder bei der Mabag tätig. Am 20. Oktober 1937 verliess er diese Stelle ohne zu kündigen und reiste nach Spanien.

Politisch war er 1930-33 bei der Sozialistischen Arbeiterjugend in Langenthal organisiert, 1933/34 bei der Roten Hilfe, Sektion Olten, und ab April 1937 in der KPS, Zelle Langenthal, seit 1935 auch beim SMUV (nach Moskauer Quellen).

Er fuhr in Langenthal am 21. Oktober 1937 frühmorgens 5 Uhr ab und gelangte über Basel nach Paris. Von dort kam er am 25. Oktober mit einem Sammeltransport nach Figueras. In Albacete wurden sie eingeteilt und eingekleidet. Ruedi Gerber kam in die XI. Internationale Brigade, die damals noch zu 1/3 aus Internationalen und zu 2/3 aus Spaniern bestand. Gleichentags kam er in ein Ausbildungslager.

Dort blieb er bis zum 27. Januar 1938. In der betreffenden Zeit war keine grosse Nachfrage nach Frontsoldaten. Gerber genoss eine Spezialausbildung als Scharfschütze. Die Disziplin war streng. Das Verhältnis Offizier-Soldat war aber kameradschaftlicher als in der Schweiz. Darauf kam er in die Telefonistenschule. Diese dauerte sechs Wochen. Es folgte eine vierwöchige Radiotelegrafistenschule. Diese Schulen waren in der Nähe von Albacete in Pozo Rubio.

In einem langen Brief vom 17. Februar 1938 an einen Jugendfreund, Ernst Dennler, in Langenthal, schilderte Ruedi denn auch ausführlich, wie intensiv der Kurs sei und wie viel sie zu lernen hätten:

«Was die Erholung betrifft, ist es ja direkt ganz gross hier. Wir wohnen nämlich auf einem richtigen Schloss, fast ganz abgeschnitten von der Umwelt. Das ist geradezu beruhigend. Kein Lärm, keine Autos, und was ich nicht vergessen darf, keine Mädels, die einem den Kopf verdrehen. Es gibt Sportplätze hier oder man kann in den Wald spazieren gehen. Der Wald grenzt direkt an das Schloss. Im grossen und ganzen gefällt es mir ganz ausgezeichnet hier. Ich habe es noch nie bereut, von zu Hause weggegangen zu sein.»

Anfangs Mai kam er an der Ebrofront als Telefonist in den Brigadestab. Eine Zeitlang war es am Ebro ziemlich still. Er kam dann auch zum Bataillon der Brigade als Telefonist und machte die ganze Ebro-Offensive mit, die am 25./26. Juli 1938 begann und etwa zwei Monate dauerte. Am 23. Sept. wurden alle internationalen Kämpfer aus den Einheiten zurückgezogen. Er kam dann ans Meer in ein Fischerdorf und später nach Calella ins Repatriierungslager der Schwei-



Ruedi Gerber (rechts), mit Marcel Borloz, Genf, beim letzten Treffen der «Interessengemeinschaft der ehemaligen Schweizer Spanienfreiwilligen» in Zürich am 23. April 1994, am Rande der Ausstellung der STUDIENBIBLIOTHEK zum Spanischen Bürgerkrieg im Stadthaus Zürich (Foto: Marie-Anna Gneist).

zer. An Sylvester 1938 kehrte Ruedi Gerber zu seinen Eltern nach Aarwangen zurück, wo er am 9. Januar verhaftet wurde. Bei der folgenden Einvernahme berief er sich darauf, dass der Schweizerkonsul von Barcelona den Schweizern in Calella die Zusicherung gegeben hatte, dass diese unbehelligt in die Schweiz einreisen könnten. Er erklärte, er habe keine Stelle, keine in Aussicht und auch keine finanziellen Mittel. Den Sold in Spanien hätte er zur Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen gebraucht.

Im weiteren führte er vor dem Untersuchungsrichter des Divisionsgerichtes 3 in Bern aus:

«Ich fuhr aus ideellen Gründen nach Spanien, (...) um gegen den Faschismus zu kämpfen. (...) Ich ging aus innerer Überzeugung, ganz von mir aus, nach Spanien. Ich wurde nicht durch irgendwelche Personen veranlasst, nach Spanien zu gehen. Als ich von daheim wegfuhr, besass ich die Adressen der betreffenden Pariser Cafés. (...) Heute bin ich vollständig für die Schweizerische Landesverteidigung eingestellt. Ich bin auch bereit, den versäumten Dienst nachzuholen.»

Ruedi Gerber wurde für Schwächung der Wehrkraft und Dienstversäumnis zu drei Monaten Gefängnis mit militärischem Vollzug, abzüglich drei Tage Untersuchungshaft, verurteilt.

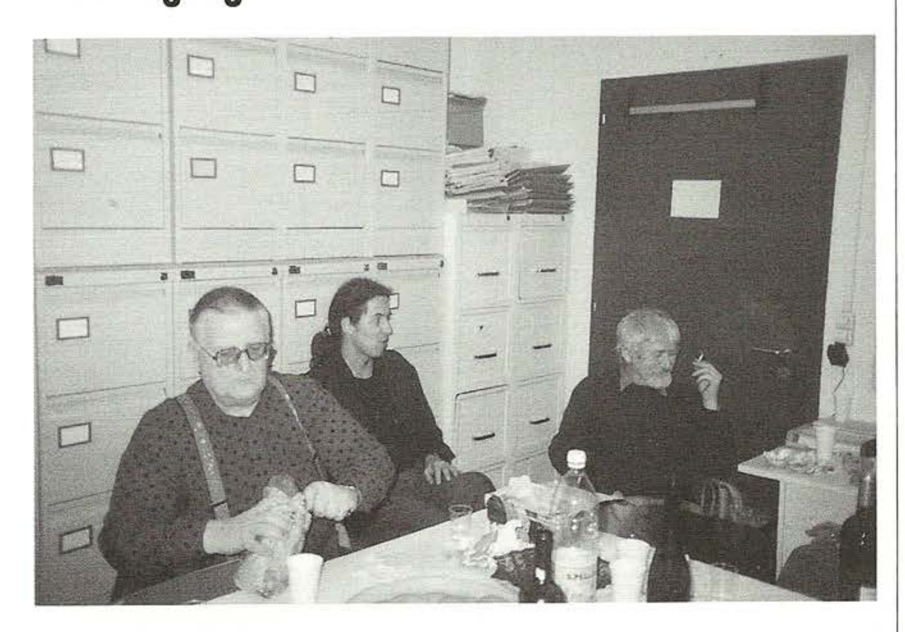
Ende Februar 1939 fand er aber bereits wieder eine Stelle. Er arbeitete in verschiedenen Betrieben in Solothurn, in Genf und in Chippis. Schliesslich arbeitete er 25 Jahre lang, bis zu Pensionierung, in der Stahlrohr AG in Rothrist als Chef der Werkzeugabteilung. Im Jahre 1949 heiratete er mit Julia Gerber von Schübelbach. Sie hatten drei Kinder, Stephan, Thomas und Karin. Im Frühjahr 1961 konnte die Familie in ein neues Haus in Aarwangen einziehen. Auch dem Gemeinwesen stellte sich Ruedi Gerber zur Verfügung. Er war von 1960-65 für die SP als Vorsteher der Finanz- und Baukommission im Gemeinderat und von 1958-1965 Mitglied im «Burgerrat». Von 1982-1989 war er noch einmal in diesem Gremium, diesmal als Vizepräsident.

Viel Freude hatte er mit seinen fünf Grosskindern. Ruedi war ein stiller Bürger, bescheiden und in sich gekehrt. Über Spanien erzählte er in der Öffentlichkeit nichts und im privaten Kreis erst, wenn er bei einem Glas Roten etwas auftaute.

1995 mussten Gerbers das Haus aus gesundheitlichen Gründen verkaufen und nach Langenthal in eine Wohnung umziehen. Dort ist Ruedi Gerber am 19. Mai 1997 gestorben.

Albert Utiger

Berichtigung



Liebe Leserinnen und Leser des Studienbibliothek-Infos
Leider ist uns ein Fehler unterlaufen. Das Foto auf der letzten Seite im Info Nr. 31 wurde bei der Heftproduktion beschnitten, was zu einem unrichtigen Bildausschnitt führte. Anstatt mit Marco Pinkus wurden Ernst Häusler und Peter Vonderhagen alleine gezeigt. Als Berichtigung bringen wir das Foto jetzt vollständig. Wir bitten um Entschuldigung.

INFO-Redaktion der Stiftung Studienbibliothek

Ralph Mario Hegnauer-Häberling

geb. am 22. September 1910,

der 50 Jahre für den SERVICE CIVIL INTERNATIONAL (SCI) tätig war und der sich 1937-1939 auch im Spanischen Bürgerkrieg im Rahmen des SCI für die «Ayuda Suiza» (Schweizerische Hilfe für Spanienkinder) als Chauffeur eingesetzt hat, ist am 17. November 1997 in Zürich gestorben. Wir werden das Wirken Ralph Hegnauers in unserm nächsten Studienbibliotheks-Info eingehend würdigen.

Förderverein der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Zürich

Prof. Dr. Jakob Tanner spricht zum Thema

Arbeit und Aufgaben der Historikerkommission

Mittwoch, 4. März 1998, 20 Uhr
Restaurant Cooperativo, Strassburgstr. 5, 8004 Zürich

Die 1996 abrupt aufbrechende Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat den Reduitmythos im Kern erschüttert. Zugleich sind die Aussenbeziehungen der Schweiz raschen Veränderungen unterworfen. Was heisst in diesem krisenhaften Kontext «Vergangenheitsaufarbeitung» und welchen Beitrag kann eine Historikerkommission dazu leisten?

Am Mittwoch, den 17. Dezember 1997 ab 17 Uhr laden wir Euch alle zu unserem traditionellen

Jahresend-Apéro

ein. Wie immer zeigen wir Euch unsere Bücherneuanschaffungen.
Wir freuen uns auf freundschaftliche Gespräche bei Wein und Käse.

AZB 8031 Zürich
PP/Journal CH 8031 Zürich

Retouren: Studienbibliothek, Postfach 2127, CH 8031 Zürich

Impressum
Hrsg. Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Bulletin der Mitglieder des Fördervereins. Erscheint 4x jährlich

Quellenstrasse 25
Postfach 3312
8031 Zürich
Telefon 01 271 80 22
Fax 01 273 03 02

Redaktion:
Brigitte Walz-Richter
Manfred Vischer
Gestaltung:
Rolf Schmid

Druck:
W. Sollberger
Guthirtstrasse 10
8037 Zürich

Auflage: 2000 Ex.

Hinweis

Die Bibliothek ist vom 22. Dezember 1997 bis 5. Januar 1998 geschlossen.